

Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen – Perspektiven von Betroffenen

Christoph Haker & Lukas Otterspeer

Zusammenfassung: Mit dem Begriff *wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus* fokussiert der Beitrag solche (extrem) rechten Organisationen, Praktiken und Diskursstrategien, die sich auf das Feld der Wissenschaft beziehen. Dabei rückt in einer qualitativen Interview-Studie die Betroffenenperspektive in den Mittelpunkt, die ein blinder Fleck der Forschung ist: *Wie nehmen Betroffene wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus wahr und welche Umgangsweisen finden sie?* Präsentiert werden Ergebnisse zur widersprüchlichen Erscheinungsform von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus. Neben erwartbaren Phänomenen (zum Beispiel (kultur-)rassistischen, misogynen, antidemokratischen und verschwörungstheoretischen Positionierungen) zeigt sich dieser insofern widersprüchlich, als dass er zwischen Inanspruchnahme von Wissenschaftlichkeit sowie Wissenschaftsfreiheit auf der einen Seite und Wissenschaftsfeindlichkeit auf der anderen Seite oszilliert. Er trifft mit Hochschulen auf Institutionen, deren Strukturen einen kritischen Umgang erschweren, und er wirkt weit über die jeweils konkreten Situationen seines Erscheinens hinaus. Unsere Analysen untermauern die Notwendigkeit, die Bedeutung von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus in seiner Widersprüchlichkeit über die jeweiligen Situationen hinaus zu erkennen und wissenschaftsspezifische Antworten zu finden, die dieser Widersprüchlichkeit Rechnung tragen – und sind damit eine Aufforderung an Hochschulen und alle dort tätigen Personen.

Schlüsselbegriffe: Interview, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Wissenschaft, Wissenschaftsfreiheit, Wissenschaftsfeindlichkeit

Science-related right-wing populism/extremism in academia – Perspectives of those affected

Summary: With the term science-related right-wing populism/extremism, this article focuses on far right organisations, practices and discourse strategies that relate to the field of science. The focus of the presented qualitative interview study is on the perspective of those affected by science-related right-wing populism/extremism, which is a blind spot in research: *How do affected people perceive science-related right-wing populism/extremism and in what ways are they dealing with it?* The article presents findings on the contradictory manifestation of science-related right-wing populism/extremism. In addition to expected research results, for example findings of (cultural) racism, misogyny, anti-democratic and conspiracy-theoretical positions, it is contradictory that science-related right-wing populism/extremism is claiming scientificity and academic freedom and is hostile towards science at once. Science-related right-wing populism/extremism takes place in academia. These institutions have structures that are making a critical approach difficult, whilst science-related right-wing populism/extremism has an effect far beyond the respective concrete situations of its ap-

pearance. Our analyses highlights the need to recognise the significance of science-related right-wing populism/extremism in its contradictoriness, to find science-specific responses.

Keywords: interview, right-wing populism, right-wing extremism, science, academic freedom, hostility to science

1 Problemaufschlag

Rechtspopulistische und (extrem) rechte Phänomene sind in vielen Varianten Teil des gesellschaftlichen Status quo und damit gerade keine Randerscheinungen. Dies zeigt sich zum einen in Einstellungen der Bevölkerung (Decker et al. 2022; Zick/Küpper 2021) oder der Präsenz (extrem) rechter Inhalte in sozialen Medien (Fielitz/Marcks 2020). Zum anderen ist es rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen gelungen, in verschiedenen Gesellschaftsbereichen (weiterhin) bedeutsam zu sein. Diese Entwicklung ist insofern nicht verwunderlich, weil sich erstens die „Mitte der Gesellschaft“ über unterschiedlichste Handlungsfelder und Institutionen erstreckt. Und weil es zweitens ein erklärtes Ziel (extrem) rechter Akteur:innen ist, in diesen Feldern an Bedeutung zu gewinnen (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020; Salzborn 2020). Rechtspopulismus/-extremismus tritt deswegen in allen zentralen Institutionen und Bereichen unserer Gesellschaft auf, so etwa in Parlamenten, Parteien, beim Verfassungsschutz, in der Bundeswehr, Polizei, Justiz und in Gewerkschaften (Achour/Masing 2021), in Schulen (May/Heinrich 2021), in Betriebsräten und im Gesundheitswesen (Göpfert 2022) sowie in Einrichtungen der Sozialen Arbeit (Gille/Jagusch/Chehata 2022). Es ist damit nicht verwunderlich, dass Rechtspopulismus/-extremismus auch an Hochschulen präsent ist (BdWi 2014; Butterwegge/Hentges 1999a; Leidinger/Radvan 2019; Radvan/Schäuble 2019).

Das Feld der Wissenschaft ist aufgrund seiner Ausrichtung auf Bildungsprozesse sowie als Ort der Wissensproduktion und Qualifikation ein strategisches Ziel der (extremen) Rechten. Eine vernetzte und in sich heterogene *intellektuelle* Rechte (Pfahl-Traugher 2022; Kellershohn 2016; Mudde 2019; Salzborn 2020) organisiert Konferenzen, Akademien, publiziert in „wissenschaftlichen“ Zeitschriften und Verlagen, vergibt Stipendien und sucht den Anschluss an aktuelle wissenschaftliche Debatten (Haker/Otterspeer 2020; 2021a). In diesen Praktiken zeigt sich nicht nur eine Opposition zur etablierten Wissenschaft, sondern gerade der Versuch, in dieser Resonanz zu erzeugen (Haker/Otterspeer/Schildknecht 2022). Zugleich werden Studierende, Lehrende (Leidinger/Radvan 2019) und ganze Disziplinen (Hark/Villa 2015) zur Zielscheibe rechtspopulistischer/-extremer Interventionen.

Mit dem Begriff *wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus* nehmen wir also solche (extrem) rechten Organisationen, Praktiken und Diskursstrategien in den Blick, die sich auf das Feld der Wissenschaft beziehen. Der Wissenschaftsbezug kann dabei sowohl von wissenschaftsexternen Akteur:innen hergestellt werden als auch von wissenschaftsinternen Akteur:innen erfolgen. Uns interessiert die Frage, wie sich diese spezifische Feld-Bezogenheit der (extremen) Rechten empirisch zeigt. Unsere Forschung widmet sich damit der mehrfach diagnostizierten Forschungslücke (Leidinger/Radvan 2019; Radvan/Schäuble 2019; Thole/Simon/Wagner 2022), die Wirksamkeit von Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen zu untersuchen.

Im Folgenden führen wir in das Forschungsfeld ein. Dabei geht es uns neben einer tiefergehenden Aufarbeitung des aktuellen Forschungs- und Diskussionsstands um das Aufzeigen von Forschungslücken (Kapitel 2), die zu unserer Forschungsfrage und zu Projektzielen führen (Kapitel 3). Wir geben anschließend Auskunft über unser methodisches Vorgehen (Kapitel 4), um dann Forschungsergebnisse zu präsentieren (Kapitel 5) und Schlussfolgerungen zu ziehen (Kapitel 6).

2 Forschungs- und Diskussionsstand

Die durchaus sperrige Begriffsbildung *wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus* ergibt sich aus den folgenden Überlegungen: Wir nutzen die Begriffe der (*extremen*) *Rechten* (siehe auch Hümmeler 2021) und *Rechtspopulismus/-extremismus*, um Phänomene empirisch in den Blick zu nehmen, die in ganz unterschiedlicher Weise institutionalisiert und ideologisch gefestigt sind, die sich aber als verknüpft zeigen. Die so gewählten Begriffe gewährleisten eine Offenheit für empirische Phänomene im Forschungsprozess.

Mit dem Begriff *Rechtspopulismus/-extremismus* halten wir eine Vielzahl von theoretischen Zugängen bereit. Hierzu gehört beispielsweise die Theorie des *Rechtspopulismus* als *dünne Ideologie* (Mudde/Rovira Kaltwasser 2019), die in ganz unterschiedlichen Kontexten als *Strategie* der Erschließung von Welt schnell zur Hand ist, genauso wie Theorien des *Rechtsextremismus* als ein vergleichsweise komplexeres und ausdifferenzierteres *Selbst- und Weltverhältnis*, für das die Setzung kategorialer Ungleichheit zwischen Menschengruppen bei gleichzeitig behaupteter Homogenität dieser Gruppen nach innen – etwa zwischen biologisch und/oder kulturalistisch imaginierten Völkern sowie zwischen Frauen und Männern etc. – und das Hervorheben naturalisierter Hierarchien zentral sind (Salzborn 2020). Eine solche begriffliche Offenheit gegenüber den empirisch erfassten Fällen halten wir analytisch für notwendig, um insbesondere *Brückenspektren* (Pfahl-Traugher 2022) oder *Allianzen* (Heitmeyer/Freiheit/Sitzer 2020) zwischen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Konservatismus (Strobl 2021) in den Blick nehmen zu können, die sich in der Empirie eben nicht feinsäuberlich sortiert, sondern in ihrer Komplexität und Verschränktheit zeigen (ebd.).

Wissenschaftsbezogen ist Rechtspopulismus/-extremismus nicht nur dann, wenn er sich auf Forschungsergebnisse oder Selbstverständnisse von Akteur:innen bezieht, sondern wenn er sich weiter gefasst in Bezug auf das *Feld* der Wissenschaft zeigt. Mit dem an Bourdieu (1998) orientierten Feld-Begriff wird Wissenschaft als soziales Gefüge und soziale Praxis verstanden, das Studierende, Lehrende, Forscher:innen, Hochschulverwaltung, nicht-wissenschaftliches Personal an Hochschulen, Forschung, Hochschullehre, Forschungsergebnisse, wissenschaftliche und wissenschaftsnahe Institutionen, Stiftungen, wissenschaftliche Veranstaltungen wie Konferenzen und Podiumsdiskussionen, die Third-Mission der Hochschulen, Wissenstransfer und vieles mehr umfasst. Wir sprechen gleichermaßen von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus, wenn sich dieser im Feld der Wissenschaft zeigt (beispielsweise durch Positionierungen von Wissenschaftler:innen) oder von außen in das Feld der Wissenschaft interveniert – wobei sowohl Anfeindungen (siehe exemplarisch Quent/Richter/Salheiser 2022) als auch die Betonung von Gemeinsamkeiten

(siehe exemplarisch Haker/Otterspeer 2021a und Haker/Otterspeer/Schildknecht 2023) eine Rolle spielen.

Christiane Leidinger und Heike Radvan (2019: 142) stellen in Bezug auf das Feld der Wissenschaft treffend fest: Dass (extrem) rechte Akteur:innen und Diskurse „Lehrkräfte, Studierende, Verwaltungsmitarbeitende sowie externe Dienstleistende der Hochschule vor Probleme stellen, wird kaum thematisiert“. Dies liegt nicht etwa an der geringen Anzahl von Publikationen zu wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus, sondern an einer einseitigen Perspektivierung. In der Regel werden nämlich die Akteur:innen und Diskurse der (extremen) Rechten zum Thema. So etwa in der Forschung zu *intellectual organizations* der (extremen) Rechten (Mudde 2019; Hümmeler 2021; Haker/Otterspeer 2020) und ihren Netzwerken (Fuchs/Middelhoff 2019), *intellektuellem Rechtsextremismus* (Pfahl-Traugher 2022), *science-related populism* und dem damit verbundenen Anti-Elitismus (Mede/Schäfer 2020), *counterknowledge* (Ylä-Anttila 2017), zur (extrem) rechten Mobilisierung über Themen der Geistes- und Sozialwissenschaften (Andresen 2018; Baader 2019) und in der (extrem) rechten Verwendung wissenschaftlichen Wissens (Haker/Otterspeer 2021b; Otterspeer/Haker 2019).

Ein für uns wichtiger und anders gelagerter Diskurs- und Forschungsstrang findet sich in der Sozialen Arbeit. Dieser rückt (extrem) rechte Tendenzen *in* den eigenen Reihen und damit auch an Hochschulen in den Mittelpunkt (Besche 2022; Ehlert et al. 2020; Fazzi/Nothdurfter 2021; Gille/Jagusch/Chehata 2022; Gille et al. 2021; Leidinger/Radvan 2019; Lehnert/Radvan 2016; Scherr/Bitzan 2007; Radvan/Schäuble 2019; Thole 2020; Thole/Simon/Wagner 2022).

Es finden sich beispielsweise Studien zu Angeboten und Einflussnahmen der (extremen) Rechten in der Sozialen Arbeit (Gille/Jagusch/Chehata 2022; Gille et al. 2021) und zu (extrem) rechten Problematisierungsweisen in der Disziplin und Profession (Thole 2020). Daneben zeigen sich (extrem) rechte (angehende) Sozialarbeiter:innen und auch Dozierende als eine Herausforderung (Besche 2022; Ehlert et al. 2020; Fazzi/Nothdurfter 2021; Gille et al. 2021; Lehnert/Radvan 2016; Scherr/Bitzan 2007). Weil die (professionellen) Einstellungen von akademischen Berufsgruppen auch im Studium geprägt werden, gewinnt nicht zuletzt die Analyse von Hochschulen als tertiäre Bildungseinrichtungen an Bedeutung.

Trotz dieses umfassenden Forschungsstandes zeigt sich hinsichtlich des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus „ein erheblicher Forschungsbedarf“ (Radvan/Schäuble 2019: 225; siehe auch Thole/Simon/Wagner 2022). Dies betrifft insbesondere Forschung, die die Betroffenenperspektive von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus sichtbar macht und nicht Akteur:innen, Diskurse und Handlungen der (extremen) Rechten fokussiert. Auch im Diskurs der Sozialen Arbeit finden sich keine empirischen Studien, die die Perspektive von Betroffenen (extrem) rechter Erscheinungsformen an Hochschulen – zum Beispiel als Lehrende oder Studierende in Seminaren – konsequent in den Mittelpunkt stellen.

Es liegt auf der Hand, dass sich erst über eine Auseinandersetzung mit der Betroffenenperspektive Effekte des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus in ihrer Komplexität und damit auch Problematik erfassen lassen und dass eine ausschließlich abstrakte Thematisierung eine „Relativierung impliziert“ (Lehnert/Radvan 2016: 112). In Bezug auf die Hochschule als Bildungseinrichtung betonen Heike Radvan und Barbara Schäuble (2019: 220 f.), dass (extrem) rechte Studierende „dazu beitragen, dass ein Teil der Studierenden die Hochschule als unsicheren Ort erlebt und dass Diskriminierung und damit ver-

bundene Ängste die Gesundheit und die Lern- und Bildungsmöglichkeiten einschränken“ können. In Bezug auf die Hochschule als Arbeitsplatz vermuten Christiane Leidinger und Heike Radvan (2019: 144) angesichts einer wissenschaftsbezogenen (extremen) Rechten „Unsicherheit und ein damit verbundenes Beschweigen in Kollegien“. Zudem weisen sie in Bezug auf die Selbst- und Außendarstellung darauf hin, dass aufgrund der Sorge, die Hochschule könne in der öffentlichen Wahrnehmung an Attraktivität verlieren, Probleme und Herausforderungen tendenziell nicht thematisiert und bearbeitet werden.

Der Mangel an wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Betroffenen von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus ist Grund genug, hier genauer hinzuschauen. Mindestens so wichtig ist aber auch seine gesamtgesellschaftliche Dimension. Mit diesem blinden Fleck reproduziert sich in der Forschung der gesellschaftliche Missstand der Abwesenheit der Opfer- und Betroffenenperspektive (extrem) rechter Phänomene. Diese Abwesenheit zeigt sich deutlich in der medialen Berichterstattung über den rechten Terror von Lichtenhagen, über den NSU (siehe etwa die medialen Spekulationen über den Beziehungsstatus der Rechtsterrorist:innen (Lehnert/Radvan 2016)) bis zu den Anschlägen in Halle und Hanau (mit dem #SayTheirNames wird im öffentlichen Diskurs diese Abwesenheit der Betroffenen und Opfer problematisiert und ein Perspektivwechsel eingefordert). Paradoxerweise wird durch die stärkere Aufmerksamkeit für die Täter:innen¹ und die geringere Aufmerksamkeit für Opfer und Betroffene das Phänomen des Rechtspopulismus/-extremismus (auch im Feld der Wissenschaft) tendenziell verharmlost, weil im Fokus auf Einzelfälle und (extrem) rechte Akteur:innen und Diskurse die strukturelle Bedrohung und die weit über Einzelfälle und konkrete Ereignisse hinausgehenden Konsequenzen für eine Vielzahl von Betroffenen und Co-Betroffenen nicht erkannt werden kann.

3 Forschungsfrage und Projektziele

Ziel unserer Forschung ist es, *wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen* aus der Perspektiven von Betroffenen zu erschließen. Für unser Vorgehen ist daher die folgende Fragestellung handlungsleitend:

Wie nehmen Betroffene wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus wahr und welche Umgangsweisen finden sie?

Kurz erwähnt werden soll, dass wir mit dem Projekt auch einen anwendungsorientierten Anspruch verfolgen. Indem wir lokale Umgangsweisen und Strategien theoretisierend und von den je konkreten Bedingungen abstrahierend erschließen, machen wir sie für andere Fälle und Standorte nutzbar. Die Fragestellung lautet hier: *Wie können Hochschulen auf unter-*

1 Hier ist explizit nicht ausschließlich von männlichen Tätern zu sprechen. Esther Lehnert und Heike Radvan (2016) sprechen auch im Kontext Hochschule von einer doppelten Unsichtbarkeit von (extrem) rechten Frauen. Diese können zum einen mit ihrem (extrem) rechten Aktivismus unter dem Radar der hochschulinternen Öffentlichkeit fliegen, wird „im Allgemeinen doch davon ausgegangen, dass Frauen weniger politisch interessiert und friedliebend seien“ (Lehnert/Radvan 2016: 13). Diese ermöglicht es (extrem) rechten Frauen zum anderen, selbst dann, wenn ihr Aktivismus bekannt ist, nicht gleichermaßen als problematisch wahrgenommen zu werden – etwa indem sie sich „über die Rolle der ‚besorgten Mutter‘“ (Lehnert/Radvan 2016: 114) inszenieren.

*schiedlichen Ebenen präventiv handeln und sinnvoll auf wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus reagieren?*²

4 Daten und Forschungsstil

Als Datenmaterial dienen uns fünf offene und erzählgenerierende Interviews (Helfferich 2011) mit Betroffenen von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen, die wir geführt haben (insgesamt 378 Minuten respektive ca. 6 Stunden Interviewmaterial). Diese gehören unterschiedlichen Statusgruppen im wissenschaftlichen Feld an (Student:in: ein Interview; wissenschaftliche Mitarbeiter:innen: drei Interviews; Professor:in: ein Interview). Die Interviewpartner:innen sind im weiten Feld der Geistes- und Sozialwissenschaften tätig.³ Die fünf Interviews ermöglichen es, wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus als breites Phänomen zu erfassen. Es geht in den Interviews um (extrem) rechte Studierende und ihre Äußerungen in Seminaren (zwei Interviews), um Professor:innen in (extrem) rechten Netzwerken (ein Interview), um die Präsenz hochschulexterner rechtsextremer Akteur:innen auf dem Campus (ein Interview) und um eine universitäre Veranstaltung mit (extrem) rechten Redner:innen (ein Interview).

Wir sprechen dann von einer Betroffenheit, wenn Akteur:innen des wissenschaftlichen Feldes Erfahrungen mit (extrem) rechten Erscheinungsformen machen. Wir arbeiten hier bewusst mit einem weiten Verständnis von Betroffenheit, um empirisch Dimensionen von Betroffenheit herausarbeiten zu können. Diese umfassen in unserem Datenmaterial zum Beispiel Involvierungen entlang von Differenzlinien wie race und gender, Erfahrungen hochschuldidaktischen Scheiterns oder mehr oder weniger zufällige Konfrontationen mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus im akademischen Alltag, die mal mehr, mal weniger belastend sind.⁴ Die Interviewpartner:innen unserer Studie berichten durchaus von Verunsicherungen und Ängsten, aber auch von selbstbewussten und in ihren Augen erfolgreichen Umgängen mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus. Wir gehen von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus aus, wenn Betroffene eigene Erfahrungen unter Bezugnahme auf Rechtspopulismus/-extremismus beschreiben und/oder wenn sich Verknüpfungen zu Akteur:innen, Organisationen oder Diskursen der (extremen) Rechten zeigen. Die Akquise von Interviews erfolgt über die Sichtung von öffentlich zugänglichen Positionierungen, Zeitungsartikeln, Tweets etc. zu wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus, über hergestellte Kontakte im Schneeballsystem und über Anfragen an die Forschungs-Community.⁵ Die Vielfalt der bisher geführten Interviews ergibt sich aus unserem Forschungsstil der Grounded Theory. Sie basiert

2 Der Transfer erfolgt im Rahmen von entwickelten Beratungs- und Weiterbildungsangeboten, die in einem Wechselverhältnis zur Forschung stehen. Einerseits fließen die Ergebnisse und Fallbeispiele aus der Forschung in Weiterbildungen und die Beratungspraxis ein, andererseits geben die Weiterbildungen und Workshops Impulse für die weitere Forschung.

3 Uns ist daran gelegen, zukünftig Interviewpartner:innen aus weiteren Disziplinen zu gewinnen.

4 Dass mit diesen Betroffenheiten ganz unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen und Machtverhältnisse verbunden sind, möchten wir an dieser Stelle betonen. Die Offenheit in der Analyse ist also nicht als eine Gleichsetzung ganz unterschiedlicher Formen von Betroffenheit misszuverstehen.

5 Da wir weiterhin Fälle sammeln, freuen wir uns über Hinweise und/oder Kontakte.

auf einem theoretischen Sampling, das vor allem den Vergleich von Fällen zum Ziel hat (Strübing 2021).

Die pragmatistisch verstandene *Grounded Theory* (Glaser/Strauss 2006 [1967]; Strübing 2021) stellt Problemlösezyklen in den Mittelpunkt der Analyse und betont die Kreativität der Handelnden – weshalb sie sich unserer Auffassung nach gerade für die forschende Auseinandersetzung mit Kolleg:innen und eine angemessene Adressierung auf Augenhöhe eignet. Über ein offenes, axiales und selektives Kodieren (Strauss/Corbin 1996; Strauss 2007) wird eine gegenstandsbezogene Theorie herausgearbeitet, die das jeweilige Forschungsobjekt in Form von *Schlüsselkategorien* (Strauss 2007) erschließt. Schlüsselkategorien bringen die infrage stehenden Eigenschaften des jeweils beforschten Gegenstandes begrifflich auf den Punkt und zeichnen sich dadurch aus, dass sich andere im Forschungsprozess herausgebildete Kategorien auf sie beziehen lassen – mit dem Ziel, die „Theorie allmählich dichter“ (Strauss 2007: 52) zu fassen. Dabei erschöpfen sich Schlüsselkategorien gerade nicht in der Deskription (etwa der Wiedergabe von Erfahrungen von Feldteilnehmer:innen), sondern zeichnen sich etwa dadurch aus, dass sie Eigenschaften des untersuchten Gegenstandes abstrakter darstellen, über die einzelnen Fälle hinaus bedeutsam sind und in Bezug zu anderen in der Analyse relevant gewordenen Kategorien gesetzt werden können (ebd.). Im Rahmen des vorliegenden Textes fokussieren wir die Schlüsselkategorie der *Widersprüchlichkeit* von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus, die in den durchgeführten Interviews gleichsam bedeutsam ist. In Bezug auf diese Schlüsselkategorie kam es zu einer theoretischen Sättigung. Die Schlüsselkategorie *Widersprüchlichkeit* beantwortet die Frage, welche Herausforderungen mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus aus Betroffenenperspektive verbunden sind und stellt damit insbesondere den Ausgangspunkt von Prozessen der Problemlösung scharf.

Der Gegenstand unseres Forschungsprojekts bringt es mit sich, dass einige Interviewpartner:innen sich durch (extrem) Rechte verunsichert, unter Druck gesetzt oder auch bedroht fühlen und zudem von Enttäuschungen, Unverständnis, Ärger und Wut angesichts des Umgangs mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus an ihren Institutionen berichten. Daraus resultiert die Notwendigkeit, die Anonymität der Interviewten zu garantieren. Aus diesem Grund veröffentlichen wir keine umfassenden Fallrekonstruktionen und zitieren in dem vorliegenden Beitrag nicht. Wir zielen also nicht auf die analytische Darstellung von Einzelfällen, sondern auf eine verdichtete Theorie von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus, für die die Auseinandersetzung mit einzelnen Fällen zentral ist.

5 Widersprüchlichkeit als Herausforderung

In unserer Analyse rekonstruieren wir die *Widersprüchlichkeit* von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus als zentrale Herausforderung, mit der sich Betroffene konfrontiert sehen. Diese Widersprüchlichkeit von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus stellen wir daher in den Mittelpunkt unserer folgenden Ausführungen.

Die Interviewten berichten von erwartbaren Erscheinungsformen von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus: Es kommt zu (kultur-)rassistischen, misogynen,

antidemokratischen, verschwörungstheoretischen, auf das Konstrukt der konservativen Revolution rekurrierenden sowie sich als wertkonservativ oder libertär ausgebenden Positionierungen. Neben diesen einschlägigen Erscheinungsformen rekonstruieren wir eine Widersprüchlichkeit von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus, die anders als übliche Thematisierungen von Rechtspopulismus/-extremismus gelagert ist. Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Verbindung eines Anspruchs auf Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit einerseits und Wissenschaftsfeindlichkeit andererseits. Für uns bestätigt sich hier die Notwendigkeit, wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus als eigenständigen Gegenstand mit spezifischer Ausprägung analytisch in den Blick zu nehmen – und ihn nicht auf Erscheinungsformen wie (Kultur-)Rassismus, Misogynie etc. zu reduzieren bzw. unter eine allgemeine Perspektive auf Rechtspopulismus/-extremismus oder Rassismus zu subsumieren. Dabei geht es uns nicht darum, diese Erscheinungsformen mit ihren Konsequenzen zu verharmlosen. Unser Argument ist, dass eine Beschreibung von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus alleine über solche Erscheinungsformen zu kurz greift, zentrale Eigenschaften seines Auftretens – gerade seine Widersprüchlichkeit – und der dafür entscheidenden Bedingungen übersieht und damit auch Möglichkeiten des kritischen Umgangs im Dunklen belässt.

Der (extrem) rechte Anspruch auf Wissenschaftlichkeit ist eine zentrale Facette von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus in den Erzählungen der Interviewten. Er zeigt sich nicht nur darin, dass Akteur:innen des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus Studierende sind, Dokortitel führen und Professuren innehaben und damit ganz selbstverständlich beanspruchen, Teil der scientific community zu sein. Der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit wird besonders deutlich, wenn Betroffene die wissenschaftlich-kritische Inszenierung der (extrem) rechten Positionierungen schildern, die habituell nicht einen Bruch zu akademischen Gepflogenheiten darstellen, sondern sich der Register des Feldes bedienen – etwa im Sinne eines Referates im Seminar oder eines akademischen Vortrags. Die befragten Personen berichten von der Verwendung von Statistiken und von wissenschaftlichen Quellen sowie von rhetorischer Stärke, was in der unmittelbaren Konfrontation herausfordernd sei. Mit dieser Performanz geht zudem ein Anspruch auf Wissenschaftsfreiheit einher. Betroffene sehen sich mit Akteur:innen konfrontiert, die reklamieren, (extrem) rechte Positionen wiederholt und ausführlich äußern zu dürfen, weil in einer freien, kritischen und ergebnisoffenen Diskussion alles sagbar sein müsse. Auf diesem Recht beharren sie auch dann, wenn Betroffene die dadurch ausgelösten Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen benennen und sich zum Beispiel entscheiden, nicht mehr an einem Seminar teilzunehmen.

In Bezug auf Wissenschaftsfreiheit zeigt sich im Interviewmaterial immer wieder die Figur einer behaupteten *Täter-Opfer-Umkehr*. Die Kritik des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus wird als Beleg dafür gewertet, dass die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr sei und individuelle Freiheitsrechte beschränkt würden. Auf diesem Weg stellen sich Personen, die sich an Hochschulen im Sinne des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus positionieren, selbst als diskriminiert dar. Betroffene von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus machen folglich die Erfahrung, dass ihr Umgang mit (extrem) rechten Positionierungen, für den sie auch Wissenschaftlichkeit in Anspruch nehmen (etwa in der Bezugnahme auf wissenschaftliche Quellen und Theorien oder in einem Insistieren auf Offenheit für neue Erkenntnisse), andersherum als wissenschaftsfeindlich markiert wird. Anlässe, in denen sich ein wissenschaftsbezogener Rechtspopulis-

mus/-extremismus an Hochschulen zeigt, nehmen sie als geplante Inszenierungen wahr, die über die provozierte Kritik gerade darauf zielen, sich als Opfer stilisieren zu können. Diese spezielle Täter-Opfer-Umkehr mit Anspruch auf Wissenschaftsfreiheit führt in ein Dilemma, das die Betroffenen nicht ad hoc lösen können und das zu unterschiedlichen Positionierungen im Kollegium führt: Soll ich (extrem) rechte Positionierungen kritisieren und mich damit gegen eine Normalisierung wenden, damit aber auch riskieren, erst einen Diskursraum zu schaffen; oder soll ich entsprechenden Positionierungen keine Aufmerksamkeit geben, damit aber Normalisierungstendenzen die Tür öffnen?

Die Widersprüchlichkeit des Phänomens wird deutlich, wenn Betroffene neben dem (extrem) rechten Anspruch auf Wissenschaftsfreiheit auch Wissenschaftsfeindlichkeit erfahren. Betroffene sehen sich mit Aussagen von Studierenden und/oder Forschenden/Dozierenden konfrontiert, die Hochschule sei ein *linksversiffter Ort*, an dem es nicht mehr möglich sei, jenseits von ideologischen Verboten und Sprachregelungen zu denken. *Cancel Culture* und *Political Correctness* sind in diesem Zusammenhang wiederkehrende Schlagworte. Die Interviewten berichten von sich (extrem) rechts positionierenden Studierenden, die sich kaum auf einen wissenschaftlichen Diskurs und auf die damit verbundenen Perspektiven einlassen können. Geschildert wird auch eine hochgradige Selektivität der Wahrnehmung (extrem) rechter Problematisierungen, wenn komplexe gesellschaftliche Sachverhalte beispielsweise alleine über die Herkunft von Personen erklärt werden. Wissenschaftsfeindlichkeit zeigt sich im Material auch dann, wenn von neonazistischen Interventionen auf dem Campus berichtet wird, denen es ganz offensichtlich nicht um den Anschein von Wissenschaftlichkeit geht, sondern die als gezielte Störung des akademischen Betriebs wirken, für sich aber in Anspruch nehmen, an akademischen Veranstaltungen teilnehmen zu dürfen. In all diesen Fällen zeigt sich ein offensichtlicher habituellder Bruch zum wissenschaftlichen Feld, der ebenfalls zu einer Herausforderung wird, weil der geübte wissenschaftliche Diskurs hier nicht geführt werden kann.

Mit der so herausgearbeiteten Widersprüchlichkeit von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus lässt sich die Betroffenenperspektive Einzelner auf die Hochschule als Ganzes weiten. Wenn (extrem) rechte Akteur:innen einerseits Teil der Hochschule sind (als Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen oder Professor:innen), sie ohne Bruch zur akademischen Praxis ihre Positionen zum Ausdruck bringen können und dabei in positiver Weise Bezug zur Wissenschaftsfreiheit nehmen, wenn sie andererseits aber gleichermaßen mit wissenschaftsfeindlichen Positionen in Erscheinung treten und sich damit eingeübten akademischen Aushandlungen entziehen, sind nicht mehr einzelne Personen betroffen, sondern die Institution Hochschule als Ganzes. Die herausgearbeitete Widersprüchlichkeit lenkt unsere Aufmerksamkeit folglich auf die Kontextbedingungen und auf die Frage, wie Hochschulen beschaffen sind, dass wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus in dieser Form überhaupt erst möglich wird.

In den Ausführungen der Betroffenen rekonstruieren wir in Anspruch genommene Neutralität im Sinne eines organisationskulturellen Orientierungspunkts als eine Bedingung, die es ermöglicht, im Feld der Wissenschaft eine widersprüchliche Position zwischen dem Anspruch auf Wissenschaftsfreiheit bei gleichzeitiger Wissenschaftsfeindlichkeit einzunehmen. Betroffene berichten, dass Kolleg:innen auf den Beutelsbacher Konsens verweisen, um die Neutralität der Institution auch gegenüber wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus zu betonen. Einige stellen Initiativen, sich über Seminarsituationen und (extrem) rechte Studierende auszutauschen und an Konzepten des Umgangs mit wissenschaftsbezo-

genem Rechtspopulismus/-extremismus zu arbeiten, als Denunziantentum dar. Ein Dekanat erklärt die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zum Maßstab – vorher könne man nichts machen. Das Justitiariat verweist darauf, keine Partei ergreifen zu können, meldet sich nicht oder stellt andersherum das Engagement der Betroffenen rechtlich infrage. Studierende akzeptieren (extrem) rechte Positionen im Seminar, da es im Sinne einer Pro-Contra-Logik wichtig sei, auch diese Position zu Wort kommen zu lassen, oder melden sich erst gar nicht zu Wort. Wiederholt wird in den Interviews das Fehlen einer institutionellen Haltung oder eines Leitbilds und der Bereitschaft, an einem solchen zu arbeiten, bemängelt und die Kluft zwischen Selbstbeschreibungen, z. B. auf der Webseite der Hochschule, und der Praxis in der Institution herausgestellt. Für Kritik an (extrem) rechten Interventionen und Engagement an der Hochschule könnten solche Prozesse der Verständigung Sicherheit geben und als Referenzpunkt dienen. Allerdings findet kein Austausch statt bzw. Positionierungen kommen nur im Rahmen von Instituten bzw. Arbeitsgruppen im kleineren Rahmen zustande und sind an das Engagement einzelner gebunden. In den Interviews zeigt sich in den Erzählungen immer wieder, wie gerade auch die strukturellen Bedingungen an den Hochschulen – pendelnde Dozierende/Studierende, befristete Arbeitsverhältnisse, individualisierte Wissenschaftskarrieren, Arbeitsüberlastungen – einen solchen Austausch und nachhaltige Arbeit an einem organisationskulturellen Rahmen erschweren. Gerade Studierende und befristet angestellte Kolleg:innen fühlen sich hier von der Institution nicht ausreichend unterstützt und in ihren Erfahrungen und Anliegen nicht ernst genommen. In der Auseinandersetzung mit dem Material wird deutlich, dass wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus in einer Institution in Erscheinung tritt, die der (extrem) rechten Inanspruchnahme von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit in der Betonung von Neutralität wenig entgegenzusetzen kann und die in der Auseinandersetzung mit Wissenschaftsfeindlichkeit nicht mit eingeübten Routinen wissenschaftlicher Auseinandersetzung reagieren kann. Dies hat wiederum organisationspraktische und -kulturelle Effekte.

In den Ausführungen der Betroffenen sind die Erfahrungen mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus zunächst an konkrete Ereignisse im Studium, in der Lehre, in der Forschung und/oder auf dem Campus gebunden. In unseren Daten zeigt sich aber, wie wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus über diese konkreten Situationen hinaus für verschiedene Akteur:innen der Hochschule, für Lehr- und Forschungspraxis sowie Organisationspraxis und -kultur Relevanz entfaltet – auch dann, wenn (extrem) rechte Akteur:innen gar nicht mehr involviert sind. In anderen Worten: Wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus führt nicht nur in den Momenten seines konkreten Auftretens zu Ungewissheiten/Routinebrüchen/Handlungshemmungen, sondern wirkt nachhaltig im Feld der Wissenschaft, wie wir im Folgenden skizzieren.

In den Interviews wird deutlich, dass im Umgang mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen Studierende, der AStA, Lehrende (aus dem akademischen Mittelbau und auf Ebene der Professor:innen), Dekanate, Justitiariate, Pressestellen und Hochschulleitungen involviert sind. Als Antwort auf (extrem) rechte Interventionen werden Vorlesungsreihen und Workshops organisiert, Positionierungen, Gutachten und Publikationen verfasst, hochschuldidaktische Revisionen der eigenen Lehrpraxis vorgenommen (z. B. Themen, Lehrendenrolle, Team-Teaching, Regeln) und Gespräche, Hospitationen und Diskussionen durchgeführt. Diese Praktiken haben organisationskulturelle Effekte. Der Kulturbegriff meint hier eine subjekt- und situationsübergreifende (informale) Ordnung.

Einerseits zeigt sich Solidarität unter Kolleg:innen und Studierenden, die zuhören und dabei helfen, die gemachten Erfahrungen einzuordnen, die weitere Vorgehensweise zu klären und Weiterbildungen zu organisieren. Auch zeigen sich Effekte, die als eine verstärkte Sensibilisierung für das soziale Miteinander verstanden werden können: Bearbeitet wird die Frage, wie in Seminaren stärker aufeinander geachtet und respektvoll miteinander umgegangen werden kann, wie Vulnerabilitäten der Anwesenden in der Thematisierung von Themen wie Rassismus, Sexismus usw. berücksichtigt werden können.

Andererseits nehmen die Betroffenen eine starke *Individualisierung* der Problemlagen und eine zunehmende *Entpolitisierung* der Institution wahr. Diese beiden Effekte werden durch eine permanente rechtliche Unsicherheit begleitet, die durch die Justitiariate der Hochschulen oder durch andere Gremien/Dienststellen/Referate der Einrichtungen nicht aufgelöst wird.

Die Erfahrung von *Individualisierung* als Effekt von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus identifizieren wir in Interviewpassagen, in denen Dozierende berichten, dass der Umgang mit (extrem) rechten Erscheinungsformen im Seminar vom Dekanat und von Professor:innen als eine Frage ihrer Kompetenz behandelt wird. Ein:e Vorgesetzte:r verschickt Material zur Schulung im rhetorischen Umgang mit (extrem) rechten Positionen; Professor:innen melden selbstsicher zurück, dass Studierende sich in ihrem Seminar nicht trauen würden, (extrem) rechte Äußerungen zu tätigen (wobei nicht deutlich wird, warum das Problem damit gelöst sei); das Justitiariat meldet sich nicht auf Anfragen und betroffene Dozierende müssen zusätzlich zu ihren Aufgaben selbst recherchieren, welche Umgangsmöglichkeiten sie haben und welche (externen) Ansprechpartner:innen es gibt. Betroffene Studierende werden zu Einzelgesprächen oder Gesprächen im kleinen Rahmen von der Hochschulleitung einbestellt. Hochschulleitungen führen mit (extrem) rechten Angestellten lediglich Einzelgespräche.

Eine *Entpolitisierung* der Institution identifizieren wir zum Beispiel dann, wenn alleine eine durch den Verfassungsschutz attestierte Verfassungsfeindlichkeit zum Maßstab für die Problematisierung von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus in der Hochschule erklärt wird. Erst wenn diese gegeben sei, könne man aktiv werden. An einer Hochschule werden Plakate mit Positionierungen gegen rechts vom Reinigungsdienst abgehängt – die sehr allgemeinen Statements seien zu politisch. Ein Dekanat kommuniziert nur mündlich mit Betroffenen, um sich nicht schriftlich auf eine Positionierung festlegen zu müssen. In einem Kollegium wird nur mit abgesenkter Stimme über einen Fall von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus gesprochen. Es zeigt sich eine Resignation bei wiederholten Fällen. Studierende werden von der Hochschulleitung angehalten, sich nicht öffentlich zu (extrem) rechten Dozierenden zu positionieren. Eine Studentin zieht sich aus der kritischen Auseinandersetzung mit wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus an der Hochschule zurück, weil sie in der Stadt von Rechtsextremen darauf angesprochen wird. In einer Fachschaft wird die Mitgliedschaft in einer (extrem) rechten Organisation mit dem Verweis bagatellisiert, man sei doch mit der betroffenen Person befreundet. Eine Entpolitisierung zeigt sich auch dann, wenn (extrem) rechte Angestellte/Beamte:innen über eine Nicht-Verlängerung von Arbeitsverträgen oder die bevorstehende Emeritierung aus akademischer Verantwortung „entlassen“ werden, eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweils vertretenen (extrem) rechten Positionen jedoch ausbleibt.

6 Diskussion und Schlussfolgerungen

Der von uns gewählte Zugang einer Grounded Theory ermöglicht es, den Blick für die Widersprüchlichkeit des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus zu öffnen. Die Leistung besteht darin, die Komplexität des Gegenstands zu erfassen, statt rechtspopulistische/-extreme Positionierungen eindimensional als wissenschaftsfeindlich auszuweisen. Unsere Analyse zielt also auf die Erschließung seiner Struktur ab – und für diese Struktur kennzeichnend ist unserer Auffassung nach seine Widersprüchlichkeit: Auf der einen Seite zeigt sich die Inanspruchnahme von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit, auf der anderen Seite werden dezidiert wissenschaftsfeindliche Positionen eingenommen.

Für Betroffene von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen ist diese Widersprüchlichkeit ein zentrales Merkmal der Herausforderung, mit der sie konfrontiert sind. Ihr Umgang mit dieser Herausforderung ist dabei in einen Kontext eingebettet, der aufs Engste mit der Widersprüchlichkeit des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus verbunden ist. Die institutionalisierte Norm der Neutralität als scheinbare Prämisse von Wissenschaftlichkeit ist eine wesentliche Bedingung für die widersprüchliche Struktur des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus. Neutralität als organisationskultureller Orientierungspunkt bedeutet folglich, sich selbst der Mittel zu einer selbstkritischen Positionierung und Auseinandersetzung zu berauben – und der Illusion zu unterliegen, die Norm der Neutralität lasse sich in niemals neutralen gesellschaftlichen Verhältnissen einlösen. Die Effekte der Individualisierung und Entpolitisierung verstärken dieses Bild und können gleichermaßen als Konsequenzen, aber auch als Bedingungen von wissenschaftsbezogenem Rechtspopulismus/-extremismus verstanden werden. Dass Prozesse der Individualisierung und Entpolitisierung im Zuge der Wettbewerbsorientierung von Hochschulen die Tür nach *rechtsaußen* öffnen, prognostizierten bereits Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (1999b).

Selbstverständlich stellt sich beim Thema wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus spätestens an dieser Stelle die Frage: Was tun? In der Fachliteratur werden verschiedene Handlungsansätze diskutiert (Besche 2022; Ehler et al. 2020; Leidinger/Radvan 2019; Lehnert/Radvan 2016; Radvan/Schäuble 2019; Semsrott/Jakubowski 2022): Betont wird etwa die Notwendigkeit, dass (extrem) rechte Tendenzen an Hochschulen sowohl in ihren ideologisch gefestigten, organisierten und vernetzten Formen als auch im latenten Durchscheinen einschlägiger Problematisierungsweisen wahrgenommen und thematisiert werden müssen. Gerade zum Schutz besonders gefährdeter Personen müsse Transparenz hergestellt werden. Um Problemlagen erkennen zu können, bedürfe es weiterhin Beschwerdefrastrukturen, die auch Studierenden und Kolleg:innen im Mittelbau die Möglichkeit öffnen, in einem geschützten und nicht durch Hierarchien strukturierten Raum Erfahrungen zu benennen, zu problematisieren und Hilfestellungen zu erhalten. Diskutiert werden Positionierungen und Selbstverpflichtungen von Hochschulen, Fakultäten, Fachbereichen sowie Disziplinen und Professionen, die in konkreten Situationen zu Handlungssicherheit beitragen, indem sie als Referenzpunkt dienen. Dabei wird die Notwendigkeit eines partizipativen und statusgruppenübergreifenden Prozesses betont. Auf rechtlicher Ebene wird für eine Gewährleistung des Opferschutzes und für ein entsprechendes Austarieren der hier in einem Spannungsverhältnis stehenden Rechte – Wissenschaftsfreiheit, Recht auf Bildung, Opferschutz – plädiert. Proaktive Reaktionen, etwa Seminare zu rassismuskritischen Themen oder

zu Faschismus, Neonazismus und Rechtsextremismus, werden benannt und damit die curriculare Ebene als relevant markiert. Auch ein Austausch über Standorte und „Einzelfälle“ hinweg sei notwendig. Auf Studierendenseite werden Eignungseinschätzungen vor Immatrikulation und Selbstverpflichtungen ins Spiel gebracht. Auch persönliche Gespräche mit Beteiligten – gerade unter Hinzunahme externer Expert:innen wie der Mobilen Beratung Rechtsextremismus – spielen eine wichtige Rolle. Mit Blick auf (extrem) Rechte *intellectual organizations*, zu denen wir auch die Desiderius-Erasmus-Stiftung zählen, wird gefordert, diese von der öffentlichen Finanzierung auszuschließen und ihnen an Hochschulen keine Räume und Ressourcen, z. B. für Veranstaltungen, zu überlassen und dafür ggf. einen Rahmen zu schaffen.

All diese Maßnahmen sind wichtig und werden vielfach auch von den von uns interviewten Betroffenen gefordert und im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten umgesetzt. Sie orientieren sich aber weitgehend am politischen und zivilgesellschaftlichen Umgang mit Rechtspopulismus/-extremismus (Quent 2019; Sehmer/Simon/Thiele 2022): Solidarität mit Betroffenen und Hilfe für Opfer, Aufklären und Sensibilisieren, Ausgrenzen, demokratische Akteur:innen, Praktiken und Strukturen stärken. Ein Grund hierfür ist unserer Auffassung nach, dass zum Phänomen des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus bisher viel deduktiv abgeleitet wird bzw. die Thematisierung aus etablierten Begriffsbestimmungen und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung eher abstrakt als konkret erfolgt. Über das Verfahren der Grounded Theorie zeigt sich uns das Phänomen in der Fokussierung auf die Betroffenenperspektive anders bzw. komplexer konturiert.

Der widersprüchliche Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit bei gleichzeitiger Wissenschaftsfeindlichkeit gekoppelt mit der Bedingung, dass sich Hochschulen aus Sicht der Betroffenen als neutral verstehen, untermauern die Notwendigkeit, wissenschaftsspezifische Umgangsweisen zu entwickeln. Hierzu gehört sicherlich auch, (extrem) rechte Thesen zu widerlegen. Über die genannten Maßnahmen hinaus kann die scientific community unserer Auffassung nach einen wissenschaftsspezifischen Beitrag in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus/-extremismus leisten, wenn sie wissenschaftstheoretische, forschungspolitische und hochschuldidaktische Konsequenzen zieht. Wenn Wissenschaftlichkeit und insbesondere Wissenschaftsfreiheit dermaßen leere Signifikanten sind, dass wissenschaftsbezogener Rechtspopulismus/-extremismus sich immerhin insoweit erfolgreich auf sie beziehen kann, als dass Betroffene sich verunsichert und/oder irritiert fühlen und an Hochschulen eingeschränkte Solidarität und Unterstützung erfahren, wenn durch diese Interventionen zudem Studium, Lehre und Forschung blockiert werden, dann liegt in der Auseinandersetzung mit Wissenschaftsfreiheit ein Schlüssel zur Prävention gegen wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus. Unsere Forschung macht bisher deutlich:

Erstens stärkt die Entpolitisierung der Hochschulen und der Verweis auf politische Neutralität nicht die Wissenschaftsfreiheit, sondern unterläuft sie letztlich – etwa indem von Diskriminierung Betroffene nicht gleichermaßen unbefangen partizipieren können. Zweitens ist es eine Selbstverständlichkeit, dass zur politischen Kritik antidemokratischer Positionen wie Rechtspopulismus/-extremismus empirische und theoretische Erkenntnisse zur Demokratie verfügbar sein müssen. Es sollte ebenso selbstverständlich sein, dass die Kritik der Inanspruchnahme von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit, aber auch die Wissenschaftsfeindlichkeit des wissenschaftsbezogenen Rechtspopulismus/-extremismus auf Epistemologie und empirische Wissenschaftsforschung angewiesen ist. Drittens stellt sich für

die Organisationsstruktur und -kultur von Hochschulen die entscheidende Frage, welche institutionellen und performativen Bedingungen von wissenschaftlicher Erkenntnis gewährleistet sein müssen, damit Wissenschaftlichkeit überhaupt in Anspruch genommen werden kann.

In Kombination dieser drei Punkte möchten wir abschließend folgende Handlungsempfehlung formulieren: Hochschulen sollten in einem partizipativen Prozess klären, welches Verständnis von Wissenschaftsfreiheit sie haben und wo ihre ethisch-moralischen sowie juristischen Grenzen liegen. Dieses Verständnis muss sowohl im Leitbild der Hochschule deutlich als auch durch das Justitiariat geschützt werden. Das Recht auf Wissenschaftsfreiheit wird nicht nur durch andere Grundrechte, wie Diskriminierungsfreiheit oder das Recht auf Bildung beschränkt (zu rechtlichen Spannungsverhältnissen in diesem Kontext siehe Lehnert/Radvan 2016). Umgekehrt ist davon auszugehen, dass Grundrechte, wie Diskriminierungsfreiheit und das Recht auf Bildung, Wissenschaft und ihre Freiheit erst ermöglichen. Ein solches Verständnis ist neben juristischen und politischen Überlegungen auf Erkenntnisse von Epistemologie und Wissenschaftsforschung angewiesen. Hochschulen sollten sich daher nicht vor einer solchen Grundlagendebatte über Wissenschaftsfreiheit fürchten, sondern sie aktiv mitgestalten und auch mit Ressourcen ausstatten. Gleichzeitig ist klar, dass diese beiden Schritte nicht ohne Konsequenzen für Studium, Lehre und Forschung sein können. So müssen etwa in präventiver Absicht Prüfungs- und Modulordnungen daraufhin überprüft werden, ob sie dem eigenen Verständnis von Wissenschaftlichkeit genügen. Konkret bedeutet dies etwa, dass in Seminaren zum wissenschaftlichen Arbeiten nicht mehr nur formale Kriterien und die instrumentelle Verwendung von Zitierweisen und Gliederungen vermittelt, sondern auch ein normatives Verständnis von Wissenschaft und ihrer Freiheit entwickelt werden sollte. Darüber hinaus sollten die Kriterien für Einstellungen und die Vergabe von Mitteln an das entwickelte Verständnis von Wissenschaftsfreiheit gekoppelt werden.

Literaturverzeichnis

- Achour, Sabine & Massing, Peter (Hrsg.) (2021). Rechtsextremismus in Institutionen (Politikum Themenheft). Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Andresen, Sabine (2018). Rechtspopulistische Narrative über Kindheit, Familie und Erziehung. Zwischenergebnisse einer ‚wilden‘ Recherche. Zeitschrift für Pädagogik, 64 (6), S. 768–787.
- Baader, Meike S. (2019). Von der antiautoritären zur autoritären Revolte: Familie, Kindheit, Geschlecht und Sexualität im Fokus. In Katharina Walgenbach (Hrsg.), Bildung und Gesellschaft im 21. Jahrhundert (S. 239–272). Frankfurt a. M.: Campus.
- Besche, Julia (2022). Studierende der Sozialen Arbeit im Kontext recht(sextrem)er Strömungen. In Christoph Gille; Birgit Jagusch & Yasmine Chehata (Hrsg.), Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten (S. 145–156). Weinheim: Beltz Juventa.
- Bourdieu, Pierre (1998). Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz: UVK.
- BdWi/Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hrsg.) (2014). Wissenschaft von Rechts. Rechte Ideologie, Theorie und Netzwerke an Hochschulen. Marburg: BdWi-Verlag.
- Butterwegge, Christoph & Hentges, Gudrun (Hrsg.) (1999a). Alte und Neue Rechte an den Hochschulen. Münster: Agenda.

- Butterwegge, Christoph & Hentges, Gudrun (1999b). Einleitung. In Christoph Butterwegge & Gudrun Hentges (Hrsg.), *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen* (S. 7–10). Münster: Agenda.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene & Brähler, Elmar (Hrsg.) (2022). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial Verlag.
- Ehlert, Gudrun; Radvan, Heike; Schäuble, Barbara & Thiessen, Barbara (2020). Verunsicherungen und Herausforderungen. Strategien im Umgang mit Rechtsextremismus in Hochschule und Profession. *Sozial Extra*, 44(2), S. 102–106.
- Fazzi, Luca & Nothdurfter, Urban (2021). Why Are You Backing Such Positions? Types and Trajectories of Social Workers' Right-Wing Populist Support. *British Journal of Social Work*, 51(2), S. 636–654.
- Fielitz, Maik & Marcks, Holger (2020). *Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus*. Berlin: Duden.
- Fuchs, Christian & Middelhoff, Paul (2019). *Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*. Hamburg: Rohwolt Polaris.
- Gille, Christoph; Jagusch, Birgit & Chehata, Yasmine (2022). Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit: Eine dreifache Bewegung. In Christoph Gille; Birgit Jagusch & Yasmine Chehata (Hrsg.), *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten* (S. 9–18). Weinheim: Beltz Juventa.
- Gille, Christoph; Jagusch, Birgit; Krüger, Christine & Weber, Júlia (2021). Ambivalente Verhältnisse und steigende Einflussnahmen: Soziale Arbeit und die extreme Rechte. In Julian Sehmer; Stephanie Simon; Jennifer Ten Elsen & Felix Thiele (Hrsg.), *recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen* (S. 275–294). Wiesbaden.
- Glaser, Barney. G. & Strauss, Anselm L. (2006 [1967]). *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. New Brunswick: AldineTransaction.
- Göpfert, Claus-Jürgen (2022). „Die radikale Rechte versucht es nun in den Pflegeberufen.“ Sozialwissenschaftler Klaus Dörre spricht im FR-Interview über die Auseinandersetzung mit rechten Gruppierungen in Betrieben. Zugriff am 21. September 2022 unter <https://www.fr.de/wirtschaft/radikale-rechte-pflegeberufe-interview-sozialwissenschaft-klaus-doerre-news-91685484.html>.
- Haker, Christoph & Otterspeer, Lukas (2020). Neither demarcation nor confrontation. Finding a critical position towards right-wing populism. *Journal for Research on Adult Education/Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, 43 (3), S. 357–376.
- Haker, Christoph & Otterspeer, Lukas (2021a). Die epistemische Dimension des Rechtspopulismus. Eine Kritik des Wissenschafts- und Bildungsverständnisses der Neuen Rechten. In Julian Sehmer; Stephanie Simon; Jennifer Ten Elsen & Felix Thiele (Hrsg.), *recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen* (S. 249–273). Wiesbaden: Springer VS.
- Haker, Christoph & Otterspeer, Lukas (2021b). Empirische Bildungsforschung als Rechtfertigung rechtspopulistischer Angst. Zur gegenwartsdiagnostischen Verwendung von Large-Scale-Assessments. In Christiane Thompson; Jörg Zirfas; Wolfgang Meseth & Thorsten Fuchs (Hrsg.), *Erziehungswirklichkeiten in Zeiten von Angst und Verunsicherung* (S. 169–189). Weinheim: Beltz Juventa.
- Haker, Christoph; Otterspeer, Lukas & Schildknecht, Lukas (2022). Antiakademismus heute. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.), *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck*, Band 12 (S. 82–93). Jena, Amadeu Antonio Stiftung.
- Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015). *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld. Transcript.
- Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela & Sitzer, Peter (2020). *Rechte Bedrohungsallianzen*. Berlin: Suhrkamp.
- Helfferrich, Cornelia (2011). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS.

- Hümmeler, Lilian (2021). Wenn Rechte reden. Die Bibliothek des Konservatismus als (extrem) rechter Thinktank. Hamburg: Marta Press.
- Kellershohn, Helmut (2016). Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In Stephan Braun; Alexander Geisler & Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten (S. 439–467). Wiesbaden: Springer VS.
- Lehnert, Esther & Radvan, Heike (2016). Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen: Barbara Budrich.
- Leidinger, Christiane & Radvan, Heike (2019). Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus an Hochschulen. *Femina Politica*, 28(1), S. 142–147.
- May, Michael & Heinrich, Gudrun (2021). Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Mede, Niels G. & Schäfer, Mike S. (2020). Science-related populism: Conceptualizing populist demands towards science. *Public Understanding of Science*, 29(5), S. 473–491.
- Mudde, Cas (2019). *The Far Right Today*. Cambridge: Polity Press.
- Mudde, Cas & Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2019). *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Bonn: Dietz.
- Otterspeer, Lukas & Haker, Christoph (2019). Empirische Bildungsforschung im Wirbel unmittelbarer Rezeption. Ein kritischer Reflexionsanstoß. *Zeitschrift für Pädagogik*, 65(5), S. 769–788.
- Pfahl-Traughber, Armin (2022). Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten. Bonn: Dietz.
- Quent, Matthias (2019). Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München: Piper.
- Quent, Matthias; Richter, Christoph & Salheiser, Axel (2022). Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende. München: Piper.
- Radvan, Heike & Schäuble, Barbara (2019). Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende – Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In Michaela Köttig & Dieter Röh (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit* (S. 216–227). Opladen: Barbara Budrich.
- Salzborn, Samuel (2020). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.
- Scherr, Albert & Bitzan, Renate (2007). Rechtsextreme Studierende und JugendarbeiterInnen. *Phantom oder Tabu? Sozial Extra*, 31(1–2), S. 8–10.
- Sehmer, Julian; Simon, Stephanie & Thiele, Felix (2022). Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Zugriff am 02.01.2023 unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/508474/massnahmen-gegen-rechtsextremismus/>.
- Semsrott, Arne & Jakubowski, Matthias (2022). *Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen*. Frankfurt a. M.: Otto Brenner Stiftung.
- Strauss, Anselm (2007). *Grundlagen qualitativer Forschung*. München: Wilhelm Fink.
- Strauss, Anselm & Corbin, Juliet (1996). *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Strobl, Natascha (2021). *Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse*. Berlin: Suhrkamp.
- Strübing, Jörg (2021). *Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatischen Forschungsstils*. Wiesbaden: Springer VS.
- Thole, Werner (2020). Problematische Ablehnungskonstruktionen. *Sozial Extra*, 44(2), S. 107–112.
- Thole, Werner; Simon, Stephanie & Wagner, Leonie (2022). Neue Rechte, Rechtspopulismus und Soziale Arbeit. Ein Zwischenstand. *Sozial Extra*, 46(4), S. 244–250.
- Ylä-Anttila, Tuukka (2018). Populist knowledge: 'Post-truth' repertoires of contesting epistemic authorities. In *European Journal of Cultural and Political Sociology*, 5(4), S. 356–388.
- Zick, Andreas & Küpper, Beate (Hrsg.) (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.